

Berlin

Stimmen aus der Türkei



TUSIAD

TS-BER/2014/15

IN DIESER AUSGABE:

MULTILATERALE BEZIEHUNGEN
WIRTSCHAFTLICHE BEZIEHUNGEN
FIRMENNACHRICHTEN AUS DER TÜRKEI
ARTIKEL DES MONATS
EUROPÄISCHE UNION – TÜRKEI HAUPTDATEN (aktualisiert)

MITGLIED VON BUSINESSEUROPE

HAUPTSITZ: 74 Meşrutiyet Caddesi Tepebaşı 80050 Istanbul Türkei Tel.: 90 212 249 11 02 Fax: 90 212 249 09 13
ANKARA : 39/4 İran Caddesi Gaziosmanpaşa 06700 Ankara Türkei Tel.: 90 312 468 10 11 Fax: 90 312 428 86 76
EUROPÄISCHE UNION : 13 Avenue des Gaulois 1040 Brüssel Belgien Tel.: 32 2 736 40 47 Fax: 32 2 736 39 93
DEUTSCHLAND : 28 Märkisches Ufer 10179 Berlin Deutschland Tel.: 49 30 28 87 86 300 Fax: 49 30 28 87 86 399
FRANKREICH : 33 Rue de Galilée 75116 Paris Frankreich Tel.: 33 1 44 43 55 35 Fax: 33 1 44 43 55 46
U S A : 1250, 24th Street N.W. Suite#300 Washington DC 20037 USA Tel.: 1 202 776 7770 Fax: 1 202 776 7771
CHINA : Beijing Lufthansa Center, Office C-319 10016 Peking China Tel.: 86 10 6462 2066 Fax: 86 10 6462 3206
berlinoffice@tusiad.org www.tusiad.org

MULTILATERALE BEZIEHUNGEN

Europäischer Gerichtshof: Türkei muss Zypern Schmerzensgeld zahlen

Die Türkei muss Griechen aus Zypern millionenschwere Entschädigungen und Schmerzensgelder zahlen. Nach der türkischen Invasion im Sommer 1974 wurden Menschenrechts-Verletzungen begangen. Das geht zumindest aus einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte hervor.

Die Türkei muss Schmerzensgelder und Entschädigungen in Höhe von 90 Millionen an die Griechen von Südzypern zahlen. Das entschied der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EuGH).

Die Hinterbliebenen von 1.456 Personen sollen insgesamt 30 Millionen Euro erhalten. Die 1.456 Menschen sind seit der türkischen Invasion von Nord-Zypern im Jahr 1974 verschollen. Die restlichen 60 Millionen Euro erhalten griechisch-zypriotische Bürger. Sie leben auf der türkisch-zypriotischen Halbinsel Karpas und sollen nach Angaben des Gerichtshofs Opfer von Diskriminierungen sein.

Doch die Reaktion aus Ankara ließ nicht lange auf sich warten. „Diese Entscheidung ist nicht bindend und hat keinen Wert für uns“, zitiert das Wall Street Journal den türkischen Außenminister Ahmet Davutoğlu. Zudem sei der Zeitpunkt des Urteils aus psychologischer Sicht sehr schlecht. Denn die Stimmung bei den Zypern-Verhandlungen sei bisher positiv gewesen. [Internet-Link](#)

NATO will Rüstungsdeal zwischen China und Türkei verhindern

Die Türkei wollte ein Luftabwehrsystem aus China kaufen. Doch die NATO-Partner des Landes protestierten. Deshalb hat Ankara die Frist für die Offerten verlängert. Westliche Rüstungskonzerne steigen in das Rennen ein.

Die NATO möchte einen geplanten milliardenschweren Rüstungsdeal zwischen China und der Türkei verhindern. Ankara plant den türkischen Luftraum mit einem Abwehrsystem auszustatten.

Dazu wurde im Juli 2013 ein Rahmenvertrag über 3,4 Milliarden US-Dollar mit dem chinesischen Rüstungskonzern China National Precision Machinery Import and Export Corporation (CPMIEC) geschlossen. Doch seitdem laufen die NATO-Partner der Türkei Sturm, zumal die CPMIEC seit dem Februar 2013 unter US-Sanktionen steht. Westliche Konzerne möchten den Auftrag für sich verbuchen.

Die Entrüstung und die darauffolgenden diplomatischen Konsultationen, scheinen gefruchtet zu haben. „Die Frist für die Offerten wurde verlängert. Die Offerten können bis zum 30. Juni eingebracht werden“, zitiert Reuters einen Sprecher des Sekretariats der türkischen Verteidigungsindustrie (SSM). Somit haben auch westliche Rüstungsunternehmen die Möglichkeit, in das Rennen einzusteigen.

Unter ihnen sind Lockheed Martin, Raytheon und Eurosam. Doch das SSM hat kein Interesse am Erwerb des russischen S-400-Raketenkomplexes, berichtet World Tribune.

Bei dem umstrittenen chinesischen Modell handelt es sich um die HQ-9. Es gilt als das modernste Luftabwehrsystem der chinesischen Armee und kann Flugzeuge aller Arten sowie ferngesteuerte Flugkörper und taktische ballistische Raketen abfangen. [Internet-Link](#)

Schweden: Internet-Aktivisten fordern Aufhebung der Youtube-Sperre in Türkei

Das Stockholmer Internet Forum fordert die Aufhebung der Youtube-Sperre in der Türkei. Die Zulassung von neuen sozialen Medien sei Garant für eine Modernisierung der Türkei. Schweden setzt sich weiter für einen EU-Beitritt der Türkei ein.

Über 450 Teilnehmer aus 90 Nationen trafen sich in Schweden zum Stockholmer Internet Forum (SIF). Es wurde über Freiheit und Offenheit im Internet diskutiert. Die diesjährige Veranstaltung lief unter dem Motto „Integration, Transparenz, Überwachung und Kontrolle.“ Die meisten Teilnehmer kamen aus einkommensschwachen Ländern, in denen das Internet nicht voll aufrufbar ist.

Die schwedische Ministerin für Informationstechnologie und Energie, Anna-Karin Hatt, rief bereits bei der Eröffnung die Türkei auf, die Internet-Sperre für Youtube aufzuheben. Sie wies darauf hin, dass das neunte Internet Governance Forum (IGF) im September in der Türkei stattfände. Hatt rief die

türkische Regierung auf, „die Chance des Forums zu nutzen um die Internetregelung zu erweitern.“ Sie glaube daran, dass die Türkei die Möglichkeit des Istanbuler Forums nutzen werde. Die Internetpolitik könne dahingehend geändert werden, dass die Kommunikation und das Social Media erweitert werden, berichtet Hürriyet Daily News.

Gerade in entwickelten Ländern versuche man den besten Weg zu finden, die Internetsteuerung zu verwirklichen. Dabei würde die Frage nach Privatrechten und Internetüberwachung immer wichtiger. Es sei ein gutes Zeichen, dass die Türkei eines der wichtigsten Veranstaltungen in diesem Gebiet ermögliche. Es sei indes bizarr, dass die Türkei das Internet und die freie Meinungsäußerung beschränke.

Olof Ehrenkrona, ehemaliger Berater des schwedischen Ministerpräsidenten, äußerte sich zur möglichen Suspendierung der Türkei-Beitrittsverhandlungen. Die Kopenhagener Kriterien, um in die EU aufgenommen zu werden, förderten die Menschenrechte. Man solle an einer Implementierung, nicht an einer Suspendierung arbeiten. „Gespräche über die Suspendierung der Türkei zu führen, ist sehr dämlich“, so Ehrenkrona. Er wies darauf hin, dass dieses Jahr weniger Journalisten in Gefangenschaft seien als letztes Jahr. Und dass das oberste Gericht die Twitter-Sperre wieder aufhob, zeige, dass das System der Checks and Balances funktioniere. Um Menschenrechte und Demokratie in der Türkei zu unterstützen, müsse man die Beitrittsverhandlungen weiterführen, so Ehrenkrona weiter. Alles andere würde dazu führen, dass die Türkei zu einem autoritären Regime abrutsche. [Internet-Link](#)

Gegen Menschenhandel: Türkei errichtet Mauer an Grenze zu Syrien

Al-Qaida-Mitglieder, Flüchtlinge und Schmuggler konnten die türkisch-syrische Grenze bisher problemlos überqueren. Doch damit macht Ankara Schluss. Die Erdoğan-Regierung möchte den Mauer-Bau an der Grenze zu Syrien massiv vorantreiben.

Die türkische Regierung baut ihr Mauer-System an der Grenze zu Syrien aus. Den Ausbau begründet sie mit verschärften Einreise- und Ausreisekontrollen. Illegale Flüchtlinge, Schmuggler und die Bedrohung durch Al-Qaida-Terroristen bereiten den Behörden Kopfzerbrechen. Die Grenzgebiete bergen ein großes soziales- und sicherheitspolitisches Potenzial in sich. Doch daran ist auch die verfehlte Syrien-Politik der Türkei Schuld.

Denn in den vergangenen Jahren hat Ankara eine Politik der offenen Tür betrieben. Hunderttausende Syrer wurden unkontrolliert in das Land gelassen. Die Türken im Grenzgebiet zweifeln an der Effektivität der Mauer. „Die großen Schmuggler können ohnehin nicht gestoppt werden. Die haben spezielle Vereinbarungen“, zitiert Reuters einen Bürger aus dem türkischen Grenzdorf Bükülmez. Der wolle von Reuters nicht namentlich genannt werden, weil er selbst Menschen-Schmuggler sei. Doch die Erdoğan-Regierung hält am Mauerbau-Vorhaben fest. So wurde in der südlichen Provinz Hatay mittlerweile eine portable Betonmauer errichtet. Die Betonmauer besteht aus drei Meter langen Einzelstücken und wurde unweit des türkisch-syrischen Grenzdorfes Kuşaklı errichtet, um die illegalen Grenzübertritte einzudämmen. Am Ende soll sie gut 1200 Meter lang werden und insgesamt neun Tonnen wiegen. Neu ist diese Vorgehensweise nicht. Eine ähnliche Mauer wurde bereits in der syrischen Grenzstadt Atmer eingesetzt. In diesem Januar wurde eine weitere Mauer in der südöstlichen Provinz Gaziantep errichtet, um die Menschen an der illegalen Umgehung der Checkpoints zu hindern. Eine Anlage zwischen Nusaybin und Qamischli führte im vergangenen Oktober allerdings zu Protesten auf beiden Seiten der Grenze. Schließlich trat der Bürgermeister von Şirnak sogar in einen Hungerstreik. [Internet-Link](#)

WIRTSCHAFTLICHE BEZIEHUNGEN

US-Ökonom rät Türkei, sich an der EZB-Geldpolitik zu orientieren

Der ehemalige Fed-Ökonom, Paul Bennett, empfiehlt der Türkei, sich an der Europäischen Zentralbank zu orientieren. Europäische Entscheidungen spielten für die Türkei eine wichtigere Rolle,

als jene der Vereinigten Staaten. Die türkische Wirtschaft werde von Problemen aus Europa beeinflusst, nicht aus den USA.

Die türkische Wirtschaft muss sich den Problemen aus Europa stellen. Diese hätten eine größere Wirkung, als die Stimulationen der amerikanischen Notenbank Fed, sagte der Ökonom Paul Bennett.

„Ich denke die größte Fragilität stammt nicht von der Fed, sie wird eher getrieben von der möglichen Abschwächung der europäischen Wirtschaft“, so Bennett, der an der Istanbuler Universität eine Gastprofessur übernehmen wird. Für die Erklärung der türkischen Wirtschaft wählt der Chef-Ökonom an der New Yorker Börse einen ungewöhnlichen Erklärungsansatz. Wurde doch der Anleihenkauf durch die Federal Reserve als Hauptgrund für die schwächelnde Lira und ihre Investitionen angesehen.

Bennet sagte weiter, dass die EZB ihren Leitzins noch nicht bis zum Möglichen gesenkt hätte. Dadurch habe sie noch mehr Spielraum für weitere Handlungen.

„Dies könnte ein Schritt in die richtige Richtung sein für die Bank, aber es könnte auch eine Verzögerung der wirtschaftlichen Erholung verursachen. Das größte Risiko für die Türkei ist es, wenn die europäischen Produkte keinen Aufwärtstrend erleben“, zitiert ihn Hürriyet Daily News. Solch eine Situation würde die Nachfrage nach türkischen Gütern und Dienstleistungen verringern.

Investoren und Spekulanten hätten Vermögensanteile abgestoßen. Damals gab die Fed bekannt, ihren Anleihenkauf fortzuführen. Dies habe bis zu jener Zeit die Vermögenswerte gestützt, so das Blatt weiter. Diese Entscheidung habe jedoch die Ordnung an der Börse in der Türkei durcheinandergebracht, berichtet Hürriyet.

Später hätten sich die Anzeichen vergrößert, die Fed würde ihr Programm herunterkurbeln. Der Devisenmarkt sei trotzdem hart getroffen worden, obwohl der Verkauf in den letzten Wochen nachgelassen habe. Die Lira sei eines der am härtesten getroffenen Währungen gewesen. Daraufhin habe die Türkische Zentralbank den Leitzins erhöht, um einen Währungszusammenbruch zu verhindern.

Nachdem sich die Lira in den letzten Wochen erholt hatte, sei die Zentralbank von der türkischen Regierung unter Druck gesetzt worden. Sie habe die Zinsen senken sollen, um das Wachstum künstlich am Leben zu erhalten.

Nach Bannett wird der Kurswechsel der Türkischen Zentralbank ebenso mehr durch die EZB geleitet, als durch die Fed. Die Zentralbank habe eine anspruchsvolle Aufgabe und müsse ihren Zinssatz bedacht festlegen.

Bennett erscheine es logisch, dass die Türkische Zentralbank den Zinssatz in den kommenden Monaten wieder senkt. Hohe Zinssätze seien bei spekulativen Auswirkungen auf die Lira erfolgreich. Die Entscheidungen lobend sagte er: „Die Auswirkung der Wechselkurse auf die Inflation wurde ja ebenfalls begrenzt.“ [Internet-Link](#)

Türkei fordert Beteiligung am Freihandelsabkommen TTIP

Der türkische Wirtschaftsminister fordert eine Beteiligung seines Landes am Transatlantischen Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU. Die Türkei könne nicht mit allen Staaten einzeln Verträge abschließen. Ohne TTIP entstünden erhebliche Nachteile.

Der türkische Wirtschaftsminister Nihat Zeybekci hat in dieser Woche einmal mehr die Entwicklung der türkischen Ökonomie gelobt. Was die Türkei vor zehn Jahren ausführte, exportierten Denizli oder Gaziantep heute alleine. Dies liege an den Ressourcen und am Kapital des Landes, so Zeybekci. Hinter der bemerkenswerten Produktion liege noch weitaus mehr Potential. Ein Ausschluss aus dem Transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP) wäre fatal.

Die Türkei müsse von einer passiven in eine aktive Rolle schlüpfen. Dies sei aber nur mit ihren Partnern möglich, sagt der Minister. „Ohne eine Einigung im TTIP könnte es unmöglich werden, die Zollunion fortzuführen“, so Zeybekci weiter.

Aufgrund der geographischen Lage der Türkei, könne sie für die USA und die EU wichtige Möglichkeiten schaffen. Die Türkei ist seit 1996 Mitglied der Europäischen Zollunion. Zwar habe das Land erheblich von dieser profitiert. Doch seien weitere Maßnahmen notwendig, um in der Weltwirtschaft mithalten zu können. Die Handelsabkommen, die die USA mit Dritte-Welt-Ländern

abschließen, blieben der Türkei verwehrt. Die Türkei könne nicht mit allen Staaten einzeln Verträge abschließen. Dadurch entstünden der Türkei erhebliche Nachteile.

Das Ministerium arbeite gerade an einem Projekt, das die Folgen des TTIP für die Türkei bewerte. In Richtung der USA fand Zeybekci warnende Worte. Er werde so lange die Wichtigkeit des Abkommens für die Türkei mit in- und ausländischen Partnern hervorheben, bis eine Einigung erzielt würde. Dies könne sowohl im TTIP selbst als auch in parallel dazu laufenden Verträgen liegen. „Aus den Verhandlungen zwischen der USA und EU ausgeschlossen zu werden beunruhigt uns“, gestand Zeybekci.

Die Furcht der Türkei aus den Handelsbeziehungen ausgeschlossen zu werden, ist nicht unbegründet. Mit der EU sollen neuen Verhandlungen über die Zollunion geführt werden.

Der Assistent der Türkischen Handelskammer und Börsenvereinigung (TOBB), Ender Yorgancılar, äußerte sich vor dem Treffen der Wirtschaft zwischen den USA und der Türkei kommende Woche. Im Hinblick auf die Neuordnung der Weltwirtschaft sagte er: „Zwischen der USA und EU erfolgt ein wichtiger Schritt, der einen neuen Prozess einleitet, die Verhandlungen über gemeinsamen Handel und Investitionen gehen weiter. Amerikas Handelsexpansion in den Pazifik ist uns bekannt. Wir glauben fest daran, dass die Türkei eine Rolle darin übernehmen muss. Das Freihandelsabkommen zwischen den USA und EU besorgt uns im Hinblick auf den Arbeitsmarkt.“ [Internet-Link](#)

Nach Grubenunglück: Türkei will Atomkraftwerke beschleunigen

Das Minen-Unglück in Soma könnte auch Auswirkungen auf den türkischen Energiesektor haben. Bei der Energiewende setzt die Regierung derzeit auf den Ausbau von AKWs. Dieser Prozess könnte nun beschleunigt werden. Das würde auch das Handelsbilanz-Defizit des Landes senken.

Nach dem Minen-Unglück in Soma mit bereits über 283 Toten, steht nun der Energiesektor im Fokus der Öffentlichkeit. Der türkische Energiebedarf wird derzeit zu gut einem Drittel mittels Kohle gestillt. Der Anteil der Kohlekraftwerke am Energiemix liegt derzeit bei über 25 Prozent. Die Kohle-Branche beschäftigt fast 49.000 Menschen in 740 registrierten Minen- und Braunkohleunternehmen. Gemeinsam generierten sie eine Leistung von 61,5 Terrawatt-Stunden (TW-h), berichtet die Hürriyet. Die Zahlen verdeutlichen die Abhängigkeit des Landes von der Kohleenergie.

Kohlebergwerke gelten in der Türkei nicht als sicher. Die Katastrophe von Soma markiert einen traurigen Höhepunkt in einer Reihe von Unfällen in türkischen Minen. Während man unter dem Begriff „Energiewende“ in Europa eine Wende hin zu erneuerbarer und grüner Energie assoziiert, setzt die türkische Regierung auf den Ausbau von AKWs. Die Planung für den Bau von zwei AKWs in Akkuyu und Sinop sind mit Risiken verbunden. Für dieses Vorhaben hat die Regierung nicht die Unterstützung der Bevölkerung. Der Bau berge nämlich erhebliche Risiken. Die Regierung könnte die Situation in Soma für ihr Vorhaben verwerten. Die Absicht den Bürgern näher zu bringen könnte gelingen. Mit dem Vorhaben verfolgt die Regierung mehrere Ziele. Mit dem wirtschaftlichen Wachstum steigt auch der Energieverbrauch. Zum einen soll man unabhängiger von ausländischer Energie werden. Zum anderen könnte man das Handelsbilanzdefizit dezimieren. Das Defizit für das aktuelle Jahr habe sich im April auf 2,7 Mrd. Türkische Lira (936 Mio. Euro) erhöht.

Derzeit befinde sich die türkische Regierung in engen Verhandlungen mit der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA) für den Bau der AKWs. Energieminister Taner Yıldız traf sich mit dem Leiter der Organisation Yukiya Amano. Dieser habe den Fortschritt des Landes in der Atomenergie gelobt und gesagt, dass die Türkei ein wichtiger Partner für die IAEA sein.

Gerade in Krisensituationen werden ad-hoc-Entscheidungen getroffen. Unentschlossene Bürger lassen sich so für schnelle Lösungen gewinnen. Die Katastrophe in Soma könnte somit zum Ausgangspunkt für die beschleunigten Bau-Prozesse werden. [Internet-Link](#)

Hohe Lebensmittel-Preise setzen Türkei unter Druck

Die Nahrungsmittel-Preise in der Türkei haben stark angezogen. Der türkische Notenbank-Chef erwartet, dass dieser Trend anhält. Deshalb plant er keine massive, sondern nur eine „maßvolle“ Geld-Schwemme.

Die hohen Nahrungsmittel-Preise in der Türkei wirken sich negativ auf die Inflations-Rate aus. Im ersten Quartal des aktuellen Jahres ist die Inflations-Rate bei den Nahrungsmitteln um 0,07 Prozent-Punkte auf 10,12 Prozent gestiegen. Ursächlich ist neben dem schlechten Wetter die weltweit angestiegene Nachfrage nach Lebensmitteln und die Ukraine-Krise. Ende März lag die Inflationsrate der Verbraucherpreise des Landes bei 8,39 Prozent. Doch eine Genesung ist nicht in Sicht. Der türkische Notenbank-Chef Erdem Başçı prognostiziert, dass die Inflation im April weiter ansteigen werde. Deshalb möchte er lediglich eine maßvolle expansive Geldpolitik anwenden. „Von nun an können wir den Leitzins maßvoll senken“, zitiert die Nachrichtenagentur Anadolu den Finanz-Chef. Offenbar will er die aktuell vorhandene Inflation nicht zu schnell beflügeln.

Von effektiven erforderlichen Maßnahmen für die Schaffung einer mittelfristigen Preisstabilität ist nicht die Rede. Doch Başçı sagt auch, dass der Inflationsdruck ab dem Juni-Monat abnehmen werde.

[Internet-Link](#)

Türkei: Massiver Gold-Export in die Schweiz mindert Handelsdefizit

Die Türkei bekämpft ihr Handelsbilanz-Defizit mit einem gesteigerten Gold-Export in die Schweiz. Das Land hat eine Menge an Goldreserven, die sie zuvor im Gold-für-Gas-Geschäft mit dem Iran nutzte. Doch der Handel mit dem Iran wurde aufgrund des Drucks der Amerikaner eingestellt.

Das Handelsbilanz-Defizit der Türkei bereitet der Erdoğan-Regierung Kopfschmerzen. Doch sie probiert sich nun an einem neuen Ansatz. Eine Steigerung der Gold-Exporte soll das Defizit mindern. Im März hat die Türkei Gold im Wert von 1,275 Milliarden US-Dollar in die Schweiz exportiert. Im ersten Quartal des aktuellen Jahres betrug das Volumen der Gold-Exporte in die Schweiz bei zwei Milliarden US-Dollar. Im Vorjahres-Quartal wurde lediglich Gold im Wert von 102.912 US-Dollar exportiert, berichtet Reuters.

Im Vergleich zum Vorjahres-Monat ging das Handelsbilanz-Defizit um 30,1 Prozent zurück. Während das Defizit im März 2013 bei 7,437 Millionen US-Dollar lag, konnte im März 2014 ein Defizit in Höhe von 5,195 Millionen US-Dollar verzeichnet werden, berichtet das Türkische Statistikamt. Das wirkt sich auch positiv auf die Deckungsquote (Export-Import-Relation) aus. Die lag im März 2014 bei 73,9 Prozent. Im Vorjahres-Monat war noch eine Deckungsquote (Export-Import-Relation) in Höhe von 63,8 Prozent zu beobachten.

Folglich wurde im März 2014 im Vergleich zum Vorjahres-Monat eine Steigerung der Gesamt-Exportrate um 12,3 Prozent auf 14,748 Milliarden US-Dollar verzeichnet. Die Import-Rate ging hingegen um 3,2 Prozent auf 19,943 Milliarden US-Dollar zurück.

Mit ihrem offiziellen Bestand von 497,9 Tonnen Gold stand die Türkei im April auf Platz 13 der Rangliste des World Gold Council (WGC). Das Land liegt somit einen Platz hinter der EZB. Der Goldanteil an den türkischen Währungsreserven liegt bei 16,6 Prozent.

Das von der Türkei gehortete Gold war eigentlich für den Erdgas-Handel mit dem Iran gedacht. Doch die USA beschwerten sich im vergangenen Jahr über die Gold-für-Gas-Geschäfte, da Sanktionen gegen den Iran unterlaufen wurden. Somit musste die türkische Regierung den Handel weitgehend einstellen. Das liefere eine mögliche Erklärung für den türkischen Gold-Export in die Schweiz, sagte ein anonymes schweizerisches Gold-Fachmann der Nachrichtenagentur Reuters. In Erwartung fallender Goldpreise habe die Türkei somit einen Teil ihres Goldes in Geld umgewandelt. [Internet-Link](#)

Türkei als neues Energiezentrum?

Seit Jahren wird die Türkei immer wichtiger, wenn es um die Lieferung von Gas und Öl nach Europa geht. Vor allem seit der Ukraine-Krise hofft der Westen verstärkt auf eine zusätzliche Versorgung durch die Türkei.

Der Kaukasus liegt nah, genauso Zentralasien, der Nahe und Mittlere Osten und Europa - kurz: Die Türkei bietet sich als eine Art Energieverteilungszentrum geradezu an. Seit der aktuellen politischen Krise in der Ukraine steht das Land als strategischer Partner vor allem für Europa ganz oben auf der Liste, wenn es um den alternativen Import von Erdgas und Öl geht. "Wir beobachten ein steigendes

Interesse europäischer und internationaler Unternehmen vor allem für den türkischen Energiemarkt", so Christian Grun vom Essener Energiedienstleister ConEnergy.

Märkte werden liberalisiert

Dieses Interesse hat mehrere Gründe. Einerseits hatte die Türkei im Jahr 2010 und 2011 ein fast zehnpromzentiges Wirtschaftswachstum vorzuweisen. Außerdem hat sie eine junge Bevölkerung mit einem Durchschnittsalter von 28 Jahren, was das Land dynamisch macht. "Die geostrategische Lage ist ohnehin einmalig", so Grun im DW-Gespräch. Vor allem die Liberalisierung des türkischen Marktes gehöre zu den großen Chancen und Herausforderungen. "Die staatliche Monopolstellung entfällt jetzt und der Markt ist sowohl für türkische als auch für internationale Unternehmen offen", so Grun. Durch diese Marktliberalisierung sähen viele Dienstleister gerade im Energiesektor die Chance, in den Markt einzusteigen. "Einige Schwergewichte der europäischen Energiewirtschaft wollen in den Markt, unter anderem EON und RWE. Viele Dienstleister werden nachziehen", sagt Grun voraus. Die innenpolitische Krise rund um die Korruptionsvorwürfe gegen Ministerpräsident Erduan und die Internetzensur spielten kaum eine Rolle für die Investoren.

Russland südlich umgehen

Es sind mehrere Projekte, an denen die Türkei momentan arbeitet, um die regionale Energieversorgung zu diversifizieren. Zum einen ist da der südliche Gaskorridor, der Erdgas vom kaspischen Meer und Mittleren Osten nach Europa transportieren soll, ohne Russland zu durchqueren. Dieser südliche Gaskorridor wird durch die transanatolische Pipeline (TANAP) repräsentiert, die Erdgas aus Aserbaidschan durch die Türkei nach Europa transportieren soll. Laut der Zeitung Hürriyet soll der Bau des 45 Milliarden Dollar-Projekts im Jahr 2015 starten und innerhalb von vier Jahren fertiggestellt sein. TANAP soll 16 Milliarden Kubikmeter Gas aus dem aserbaidshanischen Shah Deniz II-Gasfeld ziehen. Zehn Milliarden Kubikmeter sollen in den europäischen Markt fließen und sechs Milliarden in den türkischen. Eine weitere wichtige Rolle als energiepolitischer Partner der Türkei soll künftig die kurdische Regionalregierung (KRG) im Nordirak spielen. Türkischen Medien zufolge hat die Regierung der Autonomen Region Kurdistans mit Sitz in Erbil bereits eingewilligt, ab 2017 rund vier Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr in die Türkei zu exportieren. Ab 2020 sollen sogar 20 Milliarden Kubikmeter exportiert werden.

Erdgas zwischen Zypern und Israel

Auch die ostmediterrane Region hat in den vergangenen Jahren die Aufmerksamkeit der weltweiten Erdgasindustrie auf sich gezogen. Vor allem durch die Entdeckung von Erdgasquellen in der Nähe der Ufer Israels und Zyperns. Türkischen Medienberichten zufolge könne Israel zum Gasexporteur werden und Gas durch eine Pipeline in die Türkei transportieren, doch das Zypernproblem der Türkei stünde diesem Plan im Weg. TANAP sei momentan das einzige nennenswerte Projekt, so der türkische Energieexperte Mehmet Ögütcü. Doch selbst wenn es realisiert wird, glaubt er nicht, dass dadurch die Türkei zu einem Energiezentrum wird. "Dafür braucht man nicht 16 Milliarden Kubikmeter Gas, sondern 50 bis 60 Milliarden. Die EU allein braucht mehr als 250 Milliarden Kubikmeter Erdgas. Die Türkei allein kann das nicht liefern", so Ögütcü im DW-Gespräch.

Kein Ersatz für Russland

Trotz der vielen Möglichkeiten, die die Türkei für Europa biete, könne niemand komplett unabhängig von Russland werden, so Ögütcü. Die Türkei könne aber durchaus einen guten Zusatz für die Versorgungssicherheit leisten, sagt Ögütcü. "Die Türkei ist ein vertrauenswürdiger Partner, weil sie der NATO angehört, der OECD, dem Europarat und eine EU-Mitgliedschaft anstrebt. Sie kann also zur Diversifikation der europäischen Energiepolitik beitragen. Die Energieversorgungssicherheit der Türkei sei durch die aktuelle Krise überhaupt nicht betroffen und werde auch in den kommenden Wochen nicht gefährdet sein, sagt auch Fatih Birol, Chefökonom der Internationalen Energieagentur. "Die Türkei hat eine Schlüsselrolle in der globalen Energiepolitik. Durch ihre Lage kann die Türkei ein verlässliches Transitland für Energie sein", sagt Birol im DW-Gespräch. Die Russlandkrise erachtet der Ökonom als überwindbares Problem. "Solche Probleme können zu jeder Zeit mit jedem Land entstehen." [Internet-Link](#)

FIRMENNACHRICHTEN

MAN verlagert Bus-Produktion in die Türkei



Künftig werden die MAN-Reisebusse in Ankara statt in Plauen gefertigt, so die VW-Tochter. Den betroffenen 420 Mitarbeitern sollten neue Arbeitsplätze bei Volkswagen Sachsen angeboten werden. Der Markt für Busse in Europa ist laut dem Konzern auf einem historischen Tiefstand.

Der Nutzfahrzeugbauer MAN verlegt seine Busproduktion von Sachsen in die Türkei. Künftig sollen Reisebusse der Marke Neoplan in Ankara statt in Plauen gefertigt werden, teilte die VW-Tochter am Dienstag in München mit.

Den betroffenen 420 Mitarbeitern sollten neue Arbeitsplätze bei Volkswagen Sachsen angeboten werden. Details müssten in den nächsten Tagen verhandelt werden. MAN verwies darauf, dass das Marktvolumen für Busse in Europa auf einem historischen Tiefstand sei.

Weil die Wirtschaftslage in wichtigen Märkten schlecht und die Nachfrage nach Luxusbussen gering sei, „lässt sich eine Aufrechterhaltung der Produktion in Plauen nicht mehr wirtschaftlich realisieren“, hieß es weiter. Im seit Jahren kriselnden Busgeschäft hatte MAN den Verlust im ersten Quartal vergrößert. [Internet-Link](#)

Intel mit F&E Labor in der Türkei



Der in den USA ansässige Halbleiterriese Intel, der seinen Sitz für den Nahen Osten und Afrika in Istanbul hat, investiert jetzt in die innovativen und kreativen Fähigkeiten der Türkei. Die Eröffnung eines Forschungs- und Entwicklungslabors (FuE) an der Technischen Universität von Istanbul (ITU) ist für Intel der erste Schritt dabei, sein globales Fachwissen und Know-how mit türkischen Entwicklern zu teilen, um die technologische Leistung des Landes zu steigern.

„Intel Türkei, das nach dem Open Intel Labs Modell betrieben wird, wird mit Intel-Partnern, Universitäten und öffentlichen Einrichtungen zusammenarbeiten und somit die gemeinsamen Anstrengungen der Mitarbeiter aus den unterschiedlichsten Disziplinen einschließlich Sozialwissenschaften, Software-Design und Entwicklung zur Umsetzung von Endbenutzer-orientierten Projekten bündeln“, sagte der Leiter von Intel Türkei, Burak Aydin, bei der Eröffnungsveranstaltung des ARI Technoparks an der ITU. „Das geistiges Eigentumsportfolio der Türkei und eine zunehmende Anzahl der Patentanmeldungen ist auch ein wichtiges Ziel“, fügte er hinzu.

„Das FuE-Labor von Intel in der Türkei wird die Entwicklerlandschaft der Türkei unterstützen und lokalen Entwicklern zu einem weltweiten Zugang verhelfen. Die Türkei ist mit ihrer jungen Bevölkerung, technischen Fähigkeiten und kreativen Partnerunternehmen ein sehr wichtiges Land, das neben der Nahost- und Afrikazentrale von Intel zu einem regionalen Zentrum für Forschung und Entwicklung geworden ist“, meinte Brian Quinn, Manager Business Development & Operations, bei der Veranstaltung. Das FuE-Labor von Intel Türkei wird sich auf das Internet der Dinge konzentrieren, ein Konzept der im Internet verbundenen Objekte, bei dem davon ausgegangen wird, dass es die Internetenutzung neu definiert, sowie auf das Fatih Projekt, einer landesweiten Hightech-Bildungsinitiative in der Türkei. Das Labor möchte, je nach Projektentwicklung, in den kommenden 5 Jahren, 40 Millionen US-Dollar an Investitionen tätigen. [Internet-Link](#)

Ford eröffnet neues Werk in der Türkei



Der amerikanische Autohersteller Ford wird zwei neue Modelle in der Türkei herstellen. Das Projekt geht aus dem Joint Venture mit der türkischen Koç Holding hervor. Bei der Eröffnungsfeier eines neuen Autowerks war auch Premier Tayyip Erdoğan zu Gast.

Ford Otosan eröffnete vergangene Woche ein neues Werk in Yeniköy. Vorstandsvorsitzender der Ford Motor Company Bill Ford und Koç-Vorstand Ali Y. Koç präsentierten ihr neu errichtetes Werk nördlich von Istanbul. Das Nutzfahrzeug Ford Transit Courier und das Einstiegsklasse-PKW Ford Tourneo Courier werden an den Fließbändern gefertigt. Insgesamt beträgt das Investitionsvolumen für diese Anlage 511 Millionen Dollar.

„Ford Otosan ist eines der langlebigsten und erfolgreichsten Joint Ventures in der globalen Autoindustrie und der heutige Tag markiert einen wichtigen Meilenstein in dieser Partnerschaft“, sagte Bill Ford. Ali Y. Koç erwähnte ebenfalls die 55-jährige Zusammenarbeit zwischen Ford Motors Company und Koç Holding. Die Produktion von zwei neuen Modellen sei eine „wichtige Möglichkeit, um in Zukunft zu wachsen und zu blühen“, fügte Koç hinzu.

Die neuen Modelle seien von 500 Ingenieuren aus dem Bereich Forschung und Entwicklung entwickelt worden, berichtet Automotive World. 1.300 weitere Ingenieure waren ebenfalls daran beteiligt. Neben weiteren Mitgliedern der Koç Familie, war auch Regierungschef Tayyip Erdoğan unter den Gästen. Gegen Unternehmen, die in sein Land investierten, hege er keinen Groll. „Hunderte von Arbeitern werden dort ausgebildet. Die Investition ist groß. Aus diesem Grund musste ich dahin gehen“, zitiert ihn Son Dakika.

Die 70.000 qm² große Anlage ist der dritte Standort von Ford Otosan in der Türkei. 110.000 Fahrzeuge sollen jährlich über die Fließbänder gehen und in 46 Staaten geliefert werden.

Durch neue Investitionen und dem damit verbundenen Exportanstieg profitiert die türkische Wirtschaft signifikant. Zuletzt war ein Rückgang von ausländischen Investitionen zu verzeichnen. Zudem kann die Türkei mit steigenden Ausfuhren ihr Handelsbilanzdefizit ausgleichen. [Internet-Link](#)

E.ON plant Gas-Handel mit türkischem Industrie-Riesen



Der größte deutsche Energiekonzern E.ON beabsichtigt mit der türkischen Industrie- und Finanzgruppe Sabancı Holding zusammenzuarbeiten. Ziel des Joint Ventures ist es, Gas aus Nord-Irak und Israel in die Türkei zu befördern. Eine endgültige Entscheidung ist noch nicht getroffen.

Das Joint Venture der beiden Großkonzerne trägt den Namen EnerjiSA. Johannes Teyssen, Vorstandsvorsitzender von E.ON, äußerte sich zu den Zukunftsplänen zur Trans-Adria-Pipeline (TAP). Diese bringt Gas aus Aserbaidschan über die Türkei nach Europa. Die TAP sei für EnerjiSA eine Geschäftschance. Laut Teyssen stünden Pläne im Raum, Gas aus Nord-Irak und Israel in die Türkei zu liefern. Eine konkrete Entscheidung sei aber noch nicht gefallen. Teyssen begründete seine Vorgehensweise hinsichtlich des israelischen, libanesischen und zypriotischen Gases, berichtet Daily Sabah. Diese seien dabei, ihr Gas auf den Markt zu bringen. Der Vorsitzende des Düsseldorfer Unternehmens warte lieber noch etwas ab, bevor er einen Vorstoß auf den Gas-Markt in Betracht zieht. Teyssen sagte weiter, dass er an die türkische Wirtschaft nach den Kommunalwahlen am 30. März glaube. Die Wirtschaft, junge Bevölkerung, funktionierende Demokratie und die

Durchführungsart der Türkei lägen sehr günstig für Investitionen. Das Joint Venture EnerjiSA gibt es seit einem Jahr. In der Türkei erreicht es eine Erzeugungskapazität von 2,6 Giga-Watt (GW). 1,7 GW sind bereits installiert, 900 Mega-Watt (MW) befinden sich im Aufbau.

Durch diesen Vorstoß folgt die E.ON ihrer planmäßigen Konzernstrategie, sich eine sehr gute Ausgangsposition im türkischen Energiemarkt zu verschaffen. Dies berichtete E.ON in einer Pressemitteilung aus dem Jahr 2012. Die Türkei zähle zu den ausgewählten Wirtschaftsregionen außerhalb der Kernmärkte in Europa. E.ON plant gemeinsam mit Sabanci bis 2020 eine Erzeugungskapazität von insgesamt bis zu 8.000 MW zu erreichen. Dies entspräche zehn Prozent am türkischen Erzeugungsmarkt. [Internet-Link](#)

Türkei nimmt ersten Airbus A400M in Dienst



Die türkische Luftwaffe hat am Montag das Transportflugzeug Airbus A400M offiziell in Dienst genommen. Präsident Abdullah Gül nahm an der Zeremonie teil und besichtigte das Cockpit. Der mit vier Turboprop-Triebwerken ausgestattete Airbus A400M ist ein großer Transportflugzeug von Airbus Defence and Space und das bisher größte militärische Kooperationsprojekt in Europa. Bei seinem Entwurf und der Produktion haben Deutschland, Frankreich, Spanien und Großbritannien mitgewirkt. Zu den ersten Kunden gehören neben der Türkei auch noch Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Luxemburg und Spanien. Der Bau des Prototyps begann bereits Ende 2007. Im Juni 2008 wurde die erste Maschine in Sevilla vorgestellt. Die ersten technischen Tests am Boden erfolgten im September 2009. Der Erstflug fand am 11. Dezember 2009 statt. In den Airbus-Werkstätten in Bremen hat im November 2010 die Produktion des Serienmodells begonnen.

Technische Daten:

Länge: 45,1 Meter

Spannweite: 42,4 Meter

Höhe: 14,6 Meter

Frachtraum: 272,73 Kubikmeter

Max. Nutzlast: 37 Tonnen

Reisegeschwindigkeit: 780 Kilometer pro Stunde

Reichweite unter einer Last von 30 Tonnen: 4.535 Kilometer

Dienstgipfelhöhe: 12.300 Meter

Mindeststrecke zum Starten: 1.140 Meter [Internet-Link](#)

ARTIKEL DES MONATS

Erdogan und das Unglück von Soma : Wer andere eine Grube graben lässt

von Michael Martens

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

FAZ, 17.05.2014

Ist der Mann noch bei Trost? Erdogan belehrt nach dem Bergwerksunglück von Soma seine Landsleute. In einer Demokratie hätte er über seinen Rücktritt nachdenken müssen. Darauf werden die Türken vergeblich warten.

In der Türkei haben mehr als 300 Menschen ihr Leben verloren, nachdem 313 andere Menschen sich entschlossen, etwas nicht zu tun. Die Toten waren Bergarbeiter, die für wenige hundert Euro im Monat in den Gruben bei Soma in der westtürkischen Provinz schufteten. Die Lebenden sind Abgeordnete der türkischen Regierungspartei AKP, die am 29. April einen von allen Oppositionsparteien unterstützten Antrag niederstimmten, die Zustände in den schon vor der Tragödie berühmten Gruben von Soma zu untersuchen. Wird es jetzt Rücktritte geben, werden Regierungspolitiker die politische Verantwortung für das zumindest in seinen Ausmaßen vermeidbare Unglück übernehmen? Stehen gar Neuwahlen an? Wahrscheinlich ist das nicht. Es ist in der Türkei nicht üblich, dass Regierende zurücktreten, weil sie die politische Verantwortung für den Tod von Menschen tragen. Eigentlich müsste nun minutiös untersucht werden, warum die türkische Regierung in den vergangenen Monaten „zum Schutz der Bürger“ zwar den Zugang zu Twitter und Youtube blockierte, nicht aber den zu den hochgefährlichen Minen von Soma. Schon 2010 veröffentlichte die türkische Ingenieurs- und Architektenkammer eine detaillierte Studie über die haarsträubenden Sicherheitsmängel in türkischen Bergwerken. In einer funktionierenden Demokratie würde jetzt die übliche journalistisch-oppositionelle Fragemaschine anlaufen: Wer hatte wann Kenntnis von diesen und ähnlichen Berichten, wer hätte sie kennen können oder müssen? Mit welchen Begründungen wurde der Oppositionsantrag zur Inspektion der Stollen abgelehnt? Danach würde es Rücktritte bis hinauf zu den zuständigen Ministern geben. Doch darauf werden die Türken wohl vergeblich warten. Vielleicht wird in Ankara ein parlamentarischer Ausschuss eingerichtet werden, aber Untersuchungskomitees dienen selbst in demokratischeren Staaten als der Türkei oft nur dazu, Tatbestände zu verschleiern. Irgendein Abteilungsleiter, Inspektor oder lokaler Bergwerksdirektor wird am Ende zwar womöglich vor Gericht stehen. Aber wenn der Druck der Straße nicht sehr groß wird, dürfte der türkische Ministerpräsident ansonsten weitermachen wie bisher. Wer andere eine Grube graben lässt, fällt nämlich selbst dann nicht hinein, wenn das tödlich endet – jedenfalls nicht in der Türkei.

Was 302 tote Südkoreaner von 301 toten Türken unterscheidet

Immerhin war Erdogan mutig genug, an den Unglücksort zu reisen – oder war das nur ein weiterer Beleg für seinen wachsenden Wirklichkeitsverlust? Erdogan schien verstört angesichts der in Wut umgemünzten Trauer, die ihm in Soma entgegenschlug. Sollte er wirklich erwartet haben, dort bejubelt zu werden wie bei seinen Wahlkampfauftritten? Statt still Trauer und Mitgefühl auszudrücken, belehrte Erdogan seine Landsleute in einem bizarren Auftritt über die Geschichte der Bergwerksunglücke – die gehörten nun einmal zum Bergbau. In England seien 1862, 1866 und 1894 mehr als 200, 360 beziehungsweise 290 Bergarbeiter bei Unglücken ums Leben gekommen, in Frankreich 1906 sogar über 1.000, und in Japan 1914 fast 700. Erdogan zählte weitere Unglücke auf, und mit jedem Satz musste man sich fragen, ob dieser Mann noch bei Trost ist. Unglücksfälle gibt es auch in anderen Staaten, da hat Erdogan recht. Aber in Demokratien haben sie meist Folgen. Der lettische Ministerpräsident Valdis Dombrovskis trat im vergangenen Jahr zurück, nachdem beim Einsturz eines Einkaufszentrums in Riga mehrere Dutzend Menschen ums Leben gekommen waren. Der südkoreanische Regierungschef Chung Hong-won gab sein Amt im April nach einem Fährunglück auf, bei dem 302 Menschen umkamen. In Soma wurden bisher 301 Tote geborgen. Ein Zufall, gewiss, zumal die endgültige Zahl der Opfer des Grubenunglücks noch nicht feststeht. Aber er zeigt, dass zwischen 302 toten Südkoreanern und mehr als 300 toten Türken ein großer Unterschied liegen kann. Politisch gesprochen. [Internet-Link](#)

EUROPÄISCHE UNION – TÜRKEI HAUPTDATEN

- Bevölkerungsanzahl beträgt 76,7 Mil. : - ein Haushalt besteht aus 4,1 Personen (*abnehmender Trend*)
- $\pm 24\%$ unter 15 Jahre alt (*abnehmender Trend*)
- 91% städtische Bevölkerung (*zunehmender Trend*)
- stabile Bevölkerungsanzahl bei 85 Millionen Menschen im Jahr 2030
- BIP 2011 : 595 Milliarden € (KKP) ☐ BSP Wachstumsrate 2011 : 8,5 %
- BIP 2012 : 616 Milliarden € (KKP) ☐ BSP Wachstumsrate 2013/1 : 3 %
- Rang 16 der weltweit größten Ökonomien (KKP) ► Mitglied bei G20
- Wichtige Handelspartner : * EU : 38,5 % (die Türkei ist der siebtgrößte Handelspartner der EU)
* Russland : 7,9% * USA : 4,5%
- Türkische Exporte in die EU – Januar- November 2013: € 43,7 Mrd.
- Türkische Importe aus der EU – Januar- November 2013: € 63,4 Mrd.
- Handelsdefizit mit der EU – Januar- November 2013: € 19,6 Mrd.
- Industrieproduktion : 30 % des BSP (Dienstleistungen : 60% ; Landwirtschaft : 10%)
Industriegüter : **95 %** der Exporte (Automobilindustrie, Textilien, Elektronik, Stahl, Nahrungsmittel, Haushaltsgeräte ...)

Die Türkei ist in der Welt :

Die Türkei ist in Europa :

- sechstgrößter Zementexporteur
- zweitgrößter Glasproduzent
- größter Hersteller von Bor
- zweitgrößter Schmuckexporteur
- sechstgrößter Textilexporteur
- sechstgrößter Hersteller von Industriemaschinen
- größter Hersteller von TV Apparaten
- größter Hersteller von Aurocar/Bus
- drittgrößter Hersteller von Keramikfliesen
- viergrößter Telekom-Markt
- zweitgrößter Hersteller Baumaterialien
- viergrößter Hersteller Automobilindustrie
- drittgrößter Produzent von Eisen&Stahl
- sechstgrößter Kühlschrankhersteller
- drittgrößter Yachthersteller
- achtgrößter Schiffsbauer

und auch: **an Artenvielfalt reichstes Land und größter Entwicklungsmarkt**

- **Nettobetrag ausländischen Kapitals :** € 12,5 Mrd in 2008|€ 5,5 Mrd in 2009|€ 6,9 Mrd in 2010|€ 12,3 Mrd in 2011|€ 9,4 Mrd in 2012|€ 7,6 Mrd zwischen Januar- November 2013

Ungefähr 36.450 ausländische Investitionsfirmen arbeiten in der Türkei. Etwa ein Drittel der Banken und ein Viertel der 500 größten Firmen in der Türkei sind im Besitz ausländischer Eigner. Türkische Direktinvestitionen in mehr als 100 Ländern ständig erhöht (€ 2,3 Milliarden im Jahr 2007). Die Körperschaftssteuer beträgt 20 %.

- **Schnell wachsende Informationsgesellschaft :** Etwa 30% Steigerung von PCs zwischen 2005 und 2010
22 türkische Firmen/die 500 besten IKT-Firmen in der EMEA Region
+ 69 Millionen GSM-Abonnenten
+ 40 Millionen Internet-Nutzer, erwartete 54,6 Millionen in 2014
+ 40 TV-Kanäle auf nationaler und 250 auf lokaler Ebene
→ Ausbau des e-governments
- **Tourismus :** Istanbul war EUROPÄISCHE KULTURHAUPTSTADT – 2010, weltweit sechstbeliebtes Reiseziel, 35 Millionen Touristen im Jahr 2013.

► REFORMEN :

Verfassungsrechtliche und institutionelle Reformen angesichts der zu erfüllenden Kopenhagen-Kriterien

Ausgeweitete Gleichheitsrechte der Geschlechter im staatsbürgerlichen Gesetzbuch

Abschaffung der Todesstrafe, neues Strafgesetzbuch

Sendungen und Unterricht in Regionalsprachen, Meinungs- und Vereinsfreiheit

Wettbewerbspolitik, Sicherung geistiger und industrieller Eigentumsrechte

Internationale Beurkundungs-, Geschäftsberichts- und Akkreditierungsstandards sowie internationale

Schiedsgerichtsbarkeit

Soziale Sicherheit, Arbeitslosenversicherung, regionale Entwicklungsagenturen

Innerer und äußerer Veredlungsverkehr, Kontroll- und Quotenverwaltung

Unabhängige Zentralbank, Steuerverwaltung, bankrechtliche Bestimmungen und Aufsicht, Liberalisierung des Telekommunikationsmarkts

- 1996 : Zollunion zwischen der EU und der Türkei.
- 1999 : EU Helsinki - Gipfel: « **Türkei wird offizieller EU-Beitrittskandidat** ».
- 2004 : EU-Kommission beschließt, dass die Türkei hinreichend die Kopenhagener Kriterien erfüllt.
- 2004 : EU-Kommission entscheidet Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu starten.
- **2005** : **Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen am 3.Oktober.**
- 2008 : Der EU-Ministerrat verabschiedet die neue Beitrittspartnerschaft mit der Türkei am 18 Februar.
- 2008 : Das dritte Nationalprogramm der Türkei für die Übernahme des Acquis.

V.i.S.d.P:
TÜSIAD Berlin Office
Märkisches Ufer 28
10179 Berlin
berlinoffice@tusiad.org